

Bundestagswahl 2017; Anfrage an die Bewerber der Parteien

Halten sie das Verfahren zu Netzentwicklungsplänen (momentan läuft das Konsultationsverfahren zum 2. Entwurf NEP 2030) für transparent und geeignet, für den „Normalbürger“, seine Anregung/en oder Einwendungen und Kritik einzubringen? Welche Schwachstellen gibt es aus Ihrer Sicht und welche Möglichkeiten sehen Sie, dies zu verbessern?

Hans Michelbach, CSU

Das laufende Verfahren leidet nach meiner Erfahrung unter einem vorher nicht absehbaren Demokratiedefizit. Grundsätzlich ist es wünschenswert, der Bevölkerung eine Teilhabe an der Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Ich finde es gut, wenn die Menschen auch online die Ideen für das Gelingen der Energiewende einbringen können. Eine Teilhabemöglichkeit wird aber dann fast schon ins Gegenteil verkehrt, wenn man wie jetzt geschehen, z.B. die Urlaubszeit verwendet, um dann das Konsultationsverfahren ablaufen zu lassen. Dies halte ich für ein schlechtes Demokratieverständnis. Leider sind hier meine Bedenken vom SPD-geführten Energieministerium nicht aufgenommen worden.

Dr. Doris Aschenbrenner, SPD

Nein ich halte das Verfahren nicht für geeignet. Echte Bürgerbeteiligung muss den Anspruch haben, sich ernsthaft mit der Meinung der Bevölkerung auseinanderzusetzen. Die Möglichkeit, online Stellungnahmen abzugeben ist zwar prinzipiell zu begrüßen, man muss aber auch eine Auswirkung spüren. Der Protest der Bürgerinne und Bürger wie beispielsweise durch die Großdemonstration zum Ausdruck gebracht, wird bislang nicht ausreichend ernst genommen

Michael Eckstein, Die Grünen

Konsultationen werden auf gleicher Augenhöhe geführt. Das ist aber hier nicht der Fall! Es geht nicht um die Frage, ob bestimmte Trassen tatsächlich erforderlich sind oder nicht. Der Trassenbedarf wurde mit Mehrheit der Großen Koalition einfach per Gesetz beschlossen, die Widerspruchsrechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen damit massiv eingeschränkt. Wie letztlich der Trassenverlauf festgelegt wird, entscheidet sich meiner Meinung nach eher daran, wer mehr Einfluss auf das Verfahren hat, und da wird mit Sicherheit mit verdeckten Karten gespielt. Das war schon bei Planung und Bau der Südwestkuppelleitung oder "Thüringer Strombrücke" der Fall, die unser Coburger Land durchquert. Vom Trassenverlauf her wurde es eine Südost-Leitung, weil aus der Rhön massiver Widerstand kam und damit ein kürzerer Trassenverlauf unter Ausnutzung bereits vorhandener Leitungen verhindert wurde. Der "Normalbürger" hat in diesen Konsultationsverfahren keine Chance! Ohne gute Organisation, ohne rechtlichen und politischen Beistand geht gar nichts! Was nützen Einwendungen und Kritik, wenn diese ungehört verhallen? Der Bedarf neuer Stromleitungen muss auf das notwendige Maß beschränkt bleiben! Vor einem Leitungsneubau muss die Ertüchtigung vorhandener Stromleitungen kommen, sei es durch Temperaturmonitoring, sei es durch die Verwendung von Hochtemperaturseilen. Vor der Entscheidung zu einem Leitungsneubau muss eine gründliche Prüfung dieser Alternativen erfolgen. Das gesamte Verfahren muss nachvollziehbar werden. So sollten die Netzbetreiber auch ihre Lastkurven offenlegen und damit ihren Teil für die Transparenz des Verfahrens erbringen. Der Zubau erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen muss räumlich verteilt werden: Dass Nordbayern momentan von zahlreichen Trassenprojekten betroffen ist, liegt ja auch daran, dass die bayerische Staatsregierung den Wegfall von 60 Prozent Atomstrom fast ausschließlich mit Stromlieferungen von auswärts, auch mit Windstrom aus Nord- und Ostdeutschland, decken will.

Christoph Raabs, ÖDP

Ich halte das Verfahren, wie viele andere Verfahren zu ähnlichen Großprojekten, für intransparent und wenig geeignet, um echte Bürgerbeteiligung zu fördern. Dies ist aber auch von Seiten der Planer und der Bundesregierung wohl nicht wirklich gewünscht. Letzten Endes wären Projekte im Ausmaß dessen, was wir gerade vor uns haben, eine Gelegenheit für einen deutschlandweiten Bürgerentscheid nach Schweizer Vorbild. Es geht nämlich in der Tat nicht alleine darum, hier bei uns vor Ort den Leitungsneubau zu verhindern, sondern die Weichen für die Energiewende als Ganzes zu stellen. Hier könnte die Alternative, die dem Volk zur Abstimmung gestellt würde, sinngemäß lauten: Wollen Sie in Zukunft eine dezentrale Energieversorgung unter Nutzung aller denkbaren Speichertechnologien, oder eine weiterhin zentrale Energieversorgung mit (Kohle)-Großkraftwerken und Leitungsneubauten?